

Arbeitspapier / Abteilung Wirtschaft

Günter Buchholz

Die Hochschulen auf neuen Wegen - aber wohin führen sie?

Vortrag ESG Nürnberg am 12. 01. 2008

Günter Buchholz

**Die Hochschulen auf neuen Wegen -
aber wohin führen sie?**

**Vortrag anlässlich des sechzigjährigen Bestehens der Evangelischen
Studentengemeinde in Nürnberg, Haus Eckstein, am 12. 01. 2008**

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich gratuliere der ESG Nürnberg zu ihrem sechzigjährigen Jubiläum, und ich danke Ihnen sehr für die Einladung zu dieser Veranstaltung.

Mein heutiger Vortrag wird folgende sechs Teilthemen behandeln:

1 Rückblick und Lage

2 Übergang vom Fordismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus

3 Das neue Steuerungsmodell und die Hochschulen

4 Institutionelle Veränderungen des Hochschulsystems

5 Bachelor-Master – Studienmodell an Universitäten und Fachhochschulen

6 Schlussfolgerungen, Perspektiven und Zusammenfassung

1 Rückblick und Lage

Wir wissen alle, dass die Reform der alten **Ordinarienuniversität** erst rund 25 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik erfolgte. Als Teil der damaligen sozial-liberalen Reformpolitik wurden die Hochschulen demokratisiert. Den in der Hochschule vertretenen Gruppen, also Studierende, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschullehrer erhielten geregelte **Partizipationsrechte** in einer Struktur von Gremien bis hinauf zum Senat und zur Hochschulleitung.

Diese **Gruppenhochschule** bestand noch bis vor wenigen Jahren. Seitdem wird das deutsche Hochschulsystem durch einen tief greifenden **Transformationsprozess** bestimmt, der bereits in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts von der Politik eingeleitet und vorangetrieben worden ist, und zwar bewusst unter Verzicht auf eine Partizipation der Betroffenen. Diese Entwicklung ist bereits 1993 von Torsten Bultmann weitsichtig und zutreffend charakterisiert worden:

„Die **politischen Leitbegriffe** – unterhalb des Oberbegriffs „**Standortsicherung**“ - sind betriebswirtschaftlicher Herkunft: **Effizienz, Wettbewerb, Finanzautonomie, Controlling, professionalisiertes Management**. Angestrebt wird offenkundig eine Funktionsdifferenzierung der Hochschulen nach ausschließlich ökonomischen Leistungskriterien.“ (Bultmann, Torsten (1993) S. 7 f)

Für die Studierenden und ihre Vertretungen stand bisher der Widerstand gegen die finanzielle Last der **Studiengebühren** im Vordergrund, während die gesellschaftlichen Ursachen und Ziele der Veränderungen nach meinem Eindruck wenig reflektiert worden sind.

Die Situation der Mitarbeiter /-innen ist durch die Einführung eines völlig neuen **Tarifvertrages** auf eine andere rechtliche Grundlage gestellt worden, und auch die Hochschullehrerschaft ist mit fundamentalen Veränderungen konfrontiert, nämlich insbesondere durch:

- die Einführung der so genannten leistungsorientierten **W – Besoldung**,
- die Beseitigung der partizipativen Gruppenhochschule durch eine hierarchisierte, monokratisch geführte Präsidialhochschule,
- die Verdrängung einer Orientierung an Wissenschaft zugunsten einer Orientierung nicht nur an betriebswirtschaftlicher Effizienz, sondern an unternehmerischen Interessen,
- die Umstellung auf das angelsächsische Bachelor-Master - Studienmodell im Rahmen des so genannten Bologna-Prozesses
- die externe Akkreditierung und Evaluierung von Fakultäten und Studiengängen.

Wohl nicht zu Unrecht wird erwartet, so z. B. von Konrad Paul Liessmann in seiner Theorie der Unbildung, erschienen in Wien 2006, dass die vorrangig ökonomisch motivierten Veränderungen des Hochschulsystems zu einer Etablierung von Halb- und Unbildung führen werden, und zwar mit der Folge eines **Verlusts kritischer Reflexionsfähigkeit und von Bildung überhaupt**. Das wird letztlich die **politische Fähigkeit zu einer weitsichtigen und umsichtigen politischen Selbststeuerung der**

Gesellschaft beschädigen.

Dennoch ist deutlich erkennbar, dass die Politik **parteiübergreifend** entschlossen ist, die geplanten Veränderungen weiterhin ohne Partizipation der Betroffenen durchzusetzen.

Warum ist das so, und wie kann es erklärt werden?

2 Übergang vom Fordismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus

Ich stütze mich hier auf die Erkenntnisse der in Frankreich entwickelten **Regulations-theorie** (Aglietta 2000). Sie stellt einen beachtlichen theoretischen Fortschritt im Hinblick auf die konkrete historische Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften dar.

Die Regulationstheorie charakterisiert bezüglich des 20. Jahrhunderts zunächst den **Fordismus** als eine bestimmte „gesellschaftliche Betriebsweise“.

Mit dem Begriff des Fordismus wird die jeweilige historisch - konkrete Vermittlung zwischen gesellschaftlicher Mikro- und Makroebene bezeichnet. In diesem Fall jene, die sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA entwickelte, und die sich dort unter dem Problemdruck der Weltwirtschaftskrise von 1929 - 1932 durchgesetzt hat (New Deal und Keynesianismus). Nach Kriegsende wurde diese Betriebsweise vorherrschend, aber beginnend mit der Wirtschaftskrise von 1975 setzte ihre Erosion ein. Daher wird seit Jahren die Krise des Fordismus und der Übergang zum Finanzmarkt-Kapitalismus (Bischoff 2006) als ein neuer Akkumulationstyp diskutiert.

Die **wichtigsten Merkmale der „fordistischen Betriebsweise“** waren:

auf weltwirtschaftlicher Ebene die umfassende **Regulierung des Weltwährungssystems**;

auf nationaler Ebene die **makroökonomische Lenkung der volkswirtschaftlichen Entwicklung** durch den Staat;

auf gesellschaftlicher Ebene ein **lohnpolitischer Kompromiss**, der Massenproduktion und Massenkonsum ermöglichte, die effektive Nachfrage stützte und dadurch die Rentabilität des Kapitals sicherte;

sowie die Kompensation der Existenzunsicherheit der Lohnarbeiter durch den **Sozialstaat**.

Dieser Akkumulationstyp geriet in die Krise, als sich aus verschiedenen Gründen eine so genannte **Stagflation** entwickelte. Auf diese Kombination von Stagnation und Inflation gab es im Rahmen des damals wirtschaftspolitisch etablierten Keynesianismus keine Antwort.

Auf diese Problemlage reagierte das Besitzbürgertum mit seinen Vertretern in der Wissenschaft und der Bundesbank offensiv mit einem Strategiewechsel hin zu einer langfristig vorbereiteten **neoliberalen marktradikalen Gegenreform**. Sie setzte sich damit politisch zunächst in Großbritannien unter Margret Thatcher und dann in den USA unter Ronald Reagan durch.

Die Gegenreform zielte auf eine langfristige Verbesserung der Verwertungsbedingungen. Ausgehend insbesondere von den USA wurde nach der Deregulierung der Devisenmärkte eine Politik der Weltmarktliberalisierung eingeleitet und durchgesetzt.

Seit 1995 besteht das **General Agreement of Trade and Services (GATS)**, mit dem die Absicht verfolgt wird, auch die Dienstleistungen zu liberalisieren. Diese Bedeutung dieser internationalen Vereinbarung ist sehr weit reichend, weil sie eine Liberalisierung auch der Arbeitsmärkte impliziert, und weil sie im Hinblick auf die Dienstleistungen des „Öffentlichen Sektors“ (Gesundheit, Bildung) einen Privatisierungsdruck auslöst.

Dieser internationale Prozess der Liberalisierung zielt auf eine **Deregulierung der privaten Wirtschaft, auf Teilprivatisierung und Ökonomisierung des öffentlichen Sektors**: einerseits, um hier **neue Kapitalanlagefelder für anlagesuchendes, überakkumuliertes Kapital** zu schaffen, andererseits, um für den verbleibenden öffentlichen Teil zumindest eine **Kontrolle, eine Ökonomisierung und eine indirekte Steuerung durch die Wirtschaft selbst** durchzusetzen. **Eben dies ist denn auch der Sinn und Zweck der neuen Hochschulgesetze in Deutschland.**

Es spricht heute vieles dafür, dass sich mittlerweile eine neue Qualität der „gesellschaftlichen Betriebsweise“, also eine neuartige Vermittlung zwischen Mikro- und Makroebene der Gesellschaft etabliert hat, eben der **Finanzmarkt-Kapitalismus**.

Er kann wie folgt gekennzeichnet werden:

Herausbildung einer **Überakkumulation von Kapital**, die sich in der Realwirtschaft (Industrie) in gedrückten und in der Finanzwirtschaft in als zu gering empfundenen Rentabilitäten ausdrückt;

Verfügbarkeit sehr großer monetärer Privatvermögen, die in Fonds oder „Private - Equity - Firmen“ gesammelt wurden, und für die eine maximale, auf die in der realen Ökonomie erzielbaren niedrigeren Rentabilitäten keine Rücksicht nehmende Verwertung angestrebt wird;

Internationale Dominanz und Abkopplung der Finanzmärkte, stark gestiegene Bedeutung der Börsen und eine entsprechende ökonomische Macht der maßgeblichen finanziellen Akteure auf diesen Märkten;

Machtverlagerung innerhalb des Besitzbürgertums von den Banken und vom industriellen Top Management hin zu den Aktionären (Shareholder-value - Orientierung) bzw. den **Vermögens-Managern** der monetären Fondsgesellschaften („Finanzinvestoren“);

Verteilungspolitische Offensive des Besitzbürgertums, die sich in einer anhaltenden Umverteilung von unten nach oben ausdrückt;

Erwirtschaftung hoher monetärer Renditen durch Kauf, Umstrukturierung und Verkauf ganzer Unternehmungen, insbesondere durch Realisierung und steuerfreie Aneignung so genannter „stiller Reserven“;

Weltweite Deregulierung vorrangig der Finanz- und Gütermärkte, während die Deregulierung der Arbeitsmärkte mehr oder weniger blockiert bleibt oder verzögert wird,

Senkung des Staatsanteils am Sozialprodukt und Verzicht des Staates auf eine makroökonomische Lenkung der Marktprozesse zugunsten einer autonomen Geldpolitik

der Zentralbank;

Allgemeine Ökonomisierung der Gesellschaft, insbesondere Unterordnung der gesamten Gesellschaft, darunter die Öffentlichen Güter Gesundheit und Bildung, unter ökonomische Effizienzkriterien;

Neue Kapitalanlagemöglichkeiten durch Umwandlung „Öffentlicher Güter“ in „Private Güter“, insbesondere durch volle oder partielle Privatisierung öffentlicher Unternehmungen oder ganzer Sektoren, z. B. Gesundheit und Bildung (Rügemer 2006);

Modernisierung“ der öffentlichen Verwaltung (einschließlich der Hochschulen) mittels ihrer so genannten „Verbetriebswirtschaftlichung“ (oder Unternehmensorientierung) durch die Einführung des „New Public Management“ bzw. des „Neuen Steuerungsmodells“;

Einführung autonomer Hochschulleitungen ohne hochschulinterne Partizipation in Verbindung mit einem Controlling-Paradigma der internen Steuerung der Hochschulen (Zeuner 2007).

Ökonomisierung, Teilprivatisierung, „Verbetriebswirtschaftlichung“ (bzw. Unternehmens-, Markt- und Wettbewerbsorientierung) und Hierarchisierung des Bildungswesens als Reaktion der ökonomisch Herrschenden auf ihre Überakkumulationsproblematik sind die konkreten Merkmale einer grundlegenden Veränderung, die als „formelle Subsumtion unter das Kapital“ bezeichnet werden kann.

In ähnlicher Weise wie einst das mittelalterliche Handwerk wird gegenwärtig das Kopfwerk der Wissenschaft, die bisher als „öffentliches Gut“ in rein staatlicher Regie organisiert war, unter die Kontrolle privater Wirtschaftsinteressen gebracht.

Erstens wird die Kontrolle der Hochschulen durch den Staat gelockert (Hochschulautonomie der Präsidien),

zweitens wird eine neuartige indirekte privatwirtschaftliche Kontrolle eingeführt (durch Akkreditierungen, Evaluationen, Hochschulräte, private Hochschulfinanzierung), und

drittens werden zusätzlich private Hochschulen gegründet und betrieben.

Das sich neu herausbildende Hochschulsystem ist kein öffentliches Gut mehr; zu erwarten ist daher, dass seine ausgeprägte soziale Selektivität noch stark zunehmen wird. Obwohl auch rein private Hochschulen betrieben werden, stellt sich das neue, noch im Werden begriffene Hochschulsystem insgesamt als ein formell zwar halbstaatliches, materiell aber indirekt privatwirtschaftlich gesteuertes System dar.

Das diesen Transformationsprozess treibende Interesse ist Erschließung und Aneignung der gesellschaftlichen Wissensressourcen. Wissen wird als verwertbarer Rohstoff aufgefasst, der angeeignet, in Wert gesetzt und dann verwertet werden kann – was dann als „Wissensgesellschaft“ bezeichnet wird.

Wissenschaft, ein zwar methodischer und rationaler, aber dennoch oft ungewisser und kreativer Entdeckungs-, Reflexions-, Erkenntnis- und Entwicklungsprozess, ist von diesem Interessenstandpunkt her einzig im Hinblick auf greifbare Resultate relevant.

Wissenschaft liefert ökonomisch verwertbares Wissen oder eben nicht. Und tut sie es nicht, dann verursacht sie unnötige Kosten, die nach betriebswirtschaftlicher Logik gekürzt gehören. Basta.

3 Das neue Steuerungsmodell und die Hochschulen

Das **Neue Steuerungsmodell** führt die **Doppelte Buchhaltung mit Bilanzierung** sowie die **Kosten- und Leistungsrechnung** und auf dieser Grundlage dieses Zahlenwerks mit seinen statistischen Erweiterungen das **Controlling** ein.

Controlling ist aber nicht nur eine fortgeschrittene Form von Zweckrationalität, also eine Form von sachlicher Steuerung und Lenkung, sondern sie ist zugleich auch eine Herrschaftstechnik.

Es genügt nun, von oben nach unten die Sollwerte in so genannten Zielvereinbarungen festzuschreiben, ihre Erreichung zu kontrollieren und zu sanktionieren. Die flankierenden rechtlichen Instrumente hierfür sind z. B. durch die so genannte leistungsorientierte „**W** - Besoldung“ geschaffen worden.

Die Repräsentation von Wirtschaftsvertretern vermag die Setzung der Zielwerte einflusspolitisch abzusichern, ohne nach außen erkennbar zu werden. Ermöglicht wird dies durch direkte personelle Beteiligungen an Hochschulräten, Akkreditierungen und Evaluationen.

Da zwar die **Kosten**, bisher aber nicht die **Leistungen** beziffert werden können, müssen diese messbar gemacht werden, und dies soll durch **Preise** geschehen, die sich auf einem neuen, noch zu schaffenden **Markt** bilden sollen. Die **Studienbeiträge**, die den Studierenden abverlangt werden, sind also keineswegs allein eine die Studierenden belastende und daher Widerstand provozierende finanzpolitische Maßnahme, als die sie meist wahrgenommen wird, sondern sie ist insbesondere der **Einstieg in ein Bildungspreissystem, das sich Schritt für Schritt entwickeln und letztlich zu einer marktförmigen Selbststeuerung des Hochschulsystems durch eine äußere, preisgesteuerte Lenkung und eine interne, autoritative Lenkung führen soll.**

Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Bertelsmann-Stiftung mit dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Wissenschaftsministerien und Kultusministerkonferenz bilden die Eckpunkte eines politischen Feldes, in dem anscheinend das CHE im Auftrag der HRK und im Stil einer Unternehmensberatung die maßgeblichen Konzepte entwickelt, die dann den Ministerien als Empfehlungen vorgelegt werden. Daraus entstehen die Gesetzesentwürfe, die vom Parlament lediglich noch modifiziert werden, bevor sie als positives Recht beschlossen werden (Wernicke/Bultmann 2007).

Die maßgeblichen hochschulpolitischen Weichenstellungen sind daher bereits durch private Interessen präformiert; faktisch sind sie dem demokratischen Prozess – der öffentlichen Debatte, der Diskussion in den Parteien, der parlamentarischen Beratung – weitestgehend entzogen.

4 Institutionelle Veränderungen des Hochschulsystems

Im System des Kapitalismus tendiert alles dazu, sich in Ware zu verwandeln. Das gilt auch für den Menschen, nämlich als Arbeitskraft. Diese Tendenz hat in der neuen

Entwicklungsphase des Finanzmarkt-Kapitalismus das Hochschulsystem erfasst. Das Studium wird nicht mehr als offener Bildungsprozess mit berufsqualifizierenden Resultaten begriffen, sondern als Investition in so genanntes Humankapital im Hinblick auf ein bestimmtes Berufsfeld.

Auch der Einstieg in die Studiengebühren und die Gebührenpflichtigkeit von Master-Studiengängen sowie der berufsbegleitenden, besonders praxisorientierten MBA-Studiengänge, die der betrieblichen Weiterbildung dienen, sind Belege für diese Ökonomisierung.

Die **Hochschullehre** wird dadurch teilweise zu einer **warenförmigen, privat bezahlten Dienstleistung**. Wenn die Finanzierung auf diesem Weg gelingt, kann erwartet werden, dass sich der Staat insoweit aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen wird.

Der Tendenz nach werden sich die Hochschulen möglichst weitgehend selbst refinanzieren, in der Lehre über gebührenpflichtige Studienangebote, in der Forschung über die Einwerbung von Drittmitteln. Der Staat wird dann aus Steuermitteln höchstens noch das Bachelor-Studium und die Grundlagenforschung finanzieren.

Wenn die Entwicklung der letzten Jahre so weiter geht, dann werden sich die Hochschulen dem organisationssoziologischen Typus der Unternehmung annähern. Die Leitungsstruktur spiegelt bereits jetzt diejenige der Aktiengesellschaften, also die Geschäftsführung durch den Vorstand bzw. das Präsidium und Kontrolle durch den Aufsichtsrat bzw. den Hochschulrat wider.

Die **Entmachtung des Hochschulsenats** und der **externe Charakter des Hochschulrats** bedingen aufgrund **fehlender Kontrollressourcen** eine schwerwiegende **Kontrolllücke**, die **Fehlsteuerungen** wahrscheinlich macht.

Ein Hochschulsenat, der auf Grund seines Informationsstandes und seiner Sachkompetenz im Prinzip als Kontrollgremium besonders geeignet wäre, wird in diesem Modell im Grunde als unnötig oder sogar als schädlich angesehen.

Eine Partizipation als Elementarform demokratischer Beteiligung ist unerwünscht, weil externe ökonomische Partialinteressen die Hochschulen ebenso unsichtbar wie lautlos und wirkungsvoll steuern sollen.

Die Umstellung auf das angelsächsische **Bachelor-Master – Studienmodell**, das eine **europaweite Vereinheitlichung** bringen soll, mag dagegen insoweit als Fortschritt gelten. Was bedeutet es für das deutsche Hochschulsystem?

5 Bachelor-Master - Studienmodell an Universitäten und Fachhochschulen

Das Bachelor-Master - System ist an Universitäten und Fachhochschulen grundsätzlich dasselbe. Auf den ersten Blick befinden sich damit beide Hochschultypen auf demselben Niveau. Auf den zweiten Blick jedoch ist das doch nicht der Fall, denn nur an den Universitäten können Hochschulabsolventen promovieren. Da eine Dissertation eine Forschungsleistung ist, stellt die Verleihung des Doktorgrades (bzw. des PhD in den angelsächsischen Ländern) die Aufnahme in die „scientific community“ und die Voraussetzung für eine universitäre Laufbahn dar.

Für die Universitäten entsteht durch das Bachelor-Master - System das Problem, eine größere Praxisnähe der Ausbildung der Absolventen zu ermöglichen und die Studienabbrecherquoten drastisch zu senken, um die eigene Effizienz zu erhöhen und um den Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Anforderungen der Nachfrageseite besser als bisher zu beliefern.

Für die Fachhochschulen hingegen stellt sich ein ganz anderes Problem, nämlich solche Master-Studiengänge zu implementieren, die im Niveau mit jenen der Universitäten vergleichbar sind. Das aber bedeutet: die Absolventen müssten an ihren Fachhochschulen promovieren können.

Deshalb müssen die Fachhochschulen die strategische Forderung stellen, ihnen das Recht zu verleihen, den PhD (als dritte Stufe des Bachelor-Masters – Studienmodells) zu vergeben.

Aus beiden Tendenzen könnte sich eine **Konvergenz** ergeben, die aus Sicht der Fachhochschulen, nicht aber aus Sicht der Universitäten wünschenswert wäre. Es folgt, dass zwei entgegen gesetzte Strategien zu erwarten sind, die jedoch, wie gezeigt werden soll, beide in ein Dilemma führen, deren Auflösbarkeit ungewiss bleibt.

Die Universitäten werden aber unter diesen Umständen daran interessiert sein müssen, sich entgegen der Konvergenztendenz des Bachelor-Masters – Studienmodells von den Fachhochschulen wie bisher deutlich zu unterscheiden. Dies wird am besten dadurch geschehen, dass seitens der Universitäten die Forschung mit ihrem vollen Gewicht als Unterscheidungskriterium in den Mittelpunkt gerückt wird. In der Forschungspolitik („Exzellenzinitiative“) ist das bereits in vollem Umfang gelungen.

Aber die Betonung der universitären Forschung als Differenzierungsmerkmal zwingt die Universitäten auch dazu, forschungsorientierte Bachelor-Studiengänge zu entwickeln. Wegen einer Schwerpunktbildung auf dem Feld der Theorie können diese jedoch unmöglich zugleich praxisorientiert sein.

Zwar werden die universitären Bachelor-Studiengänge die Universität von Studienabbrechern entlasten, aber wegen der geforderten Praxisorientierung nähern sie sich dadurch objektiv den Fachhochschulen an. Auf dem Feld der praxisorientierten Lehre bestehen jedoch vielfach Wettbewerbsvorteile für die Fachhochschulen.

Die Universitäten erwartet eine Veränderung durch eine Deklaration ihrer neuartigen praxisorientierten Bachelor-Studiengänge als Fachhochschul-Studiengänge. Möglich ist auch, dass sich hieraus zukünftig ein neuer, integrierter Universitätstyp entwickeln wird, nämlich im Sinne einer institutionellen Kombination von forschungszentrierter Universität und lehr- und praxiszentrierter Fachhochschule (Beispiel: Universität Lüneburg).

Auf der anderen Seite stehen die heutigen Fachhochschulen, um gleichwertige Master-Studiengänge anbieten zu können, vor dem Problem, ambitionierte Master-Studiengänge anbieten zu müssen, für die - im Vergleich mit den Universitäten und abgesehen von Drittmittelprojekten - die internen Bedingungen für eine kontinuierliche und angewandte Forschung nicht immer hinreichend erfüllt sind.

Das hohe Lehrdeputat und die Orientierung an der Lehre, die Personalausstattung, die praxisorientierte inhaltliche Struktur des Bachelor - Studiums mit einer geringeren Gewichtung von Theorie und Methodik und teils auch das Leistungsniveau der

Studierenden wirken als Hemmnis.

Um die Promotionsberechtigung von Master-Absolventen an Fachhochschulen in einer dritten Qualifikationsstufe als PhD einzufordern, dürfte es erforderlich sein, die Forschung an Fachhochschulen zu stärken. Die zuständigen Ministerien und Hochschulleitungen müssten für entsprechend verbesserte Rahmenbedingungen sorgen.

Sowohl für die Universität wie für die Fachhochschule ergibt sich, dass der Anspruch, Praxisorientierung und Forschungsorientierung zugleich zu verwirklichen, in sich selbst widersprüchlich ist und der Quadratur des Kreises gleicht.

Es bleibt daher eine offene Frage, wie die Universitäten einerseits und die Fachhochschulen andererseits ihr jeweiliges strategisches Dilemma lösen werden.

Offen bleibt m. E. vorläufig auch, ob sich die Differenzierungsstrategie der Universitäten gegen die Konvergenzstrategie der Fachhochschulen wird durchsetzen können. Nicht unwahrscheinlich dürfte sein, dass der Konflikt beider Strategien weitestgehend hinter den Kulissen ausgetragen werden wird, und zwar durch politische Einflussnahme auf die Ministerialbürokratie sowie bei Akkreditierungen und Evaluationen. Da die Universitäten in diesem politischen Spiel um Einfluss zumeist die besseren Karten haben dürften, kann den Präsidien und Dekanen der Fachhochschulen nur empfohlen werden, hierauf besonders zu achten.

Nach Einschätzung von Wolfgang Lieb, einem ehemaligen Staatssekretär, „dürften sich die Differenzierungsmerkmale zwischen Fachhochschulen und Universitäten in absehbarer Zeit nicht mehr auf der institutionellen Ebene zwischen diesen beiden Hochschultypen stellen. Aufgrund der Wettbewerbssteuerung des gesamten Hochschulsystems und dessen Ausrichtung auf den Ausbildungs- und Wissenschafts- oder) Forschungsmarkt soll sich (...) ganz automatisch eine Hierarchisierung und Differenzierung zwischen den einzelnen Hochschulen (egal ob Fachhochschulen oder Universitäten) herausbilden.“ (Quelle: www.nachdenkseiten.de/?p=2751, Seite 14; Zugriff: 13.12.2007)

6 Schlussfolgerungen, Perspektiven und Zusammenfassung

Das deutsche Bildungssystem - Hochschulen und Schulen - befindet sich seit Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts in einem von den ökonomischen und politischen Eliten gewollten Transformationsprozess. Das bisher staatliche Hochschulsystem verliert dabei schrittweise seinen Charakter als Öffentliches Gut und entwickelt sich hin zu einem formell halbstaatlichen Teilsystem unter indirekter Kontrolle der privaten Wirtschaft.

Für diese Umgestaltung wird es nach dem Vorbild der privaten Wettbewerbswirtschaft reorganisiert, ökonomisch rationalisiert und technokratisch gesteuert. Zugleich wird es einer Partizipation wie einer parlamentarischen Kontrolle entzogen.

Dieser Prozess wird insbesondere durch die Bertelsmann-Stiftung vorangetrieben. Es ist daher notwendig, diese private Institution und ihre Aktivitäten einer grundlegenden kritischen Überprüfung zu unterziehen. –

Insoweit die Aktivitäten privater Stiftungen zum Funktionsverlust der Parlamente beitragen,

höhlen sie die demokratische Ordnung der Bundesrepublik aus. Es ist m. E. sehr fraglich, ob eine derartige Privatisierung der Politik durch den organisierten Einfluss privater Stiftungen mit der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes vereinbar ist.

Indem die ökonomische Verwertbarkeit zum Oberziel des Bildungssystems erhoben wird, kommt es durch diesen forcierten Ökonomismus zumindest im Bereich der Sozial- sowie der Geisteswissenschaften zu einer Beschränkung des gesellschaftlichen Erkenntnishorizonts, indem nur betriebswirtschaftlich als nützlich Erscheinendes noch zugelassen wird.

Eine geistige Verengung wird die zwangsläufige Folge sein. Die verbreitete Halbbildung verallgemeinert sich, und es kommt zu einem allmählichen und unbemerkten Verlust des weiten und langfristigen geistigen Horizonts, der für komplexe Fragen politischer Steuerung besonders wichtig ist.

Die durch die Vorherrschaft einer beschränkten ökonomietheoretischen Rationalität gefährlich zunehmende intellektuelle Kurzsichtigkeit dürfte besonders zu Lasten der Grundlagenforschung und der kritischen Selbstreflexionsfähigkeit der Gesellschaft, schließlich der Bildung überhaupt gehen.

Jede das instrumentelle, zweckrationale Denken der Ökonomie, Technik und Politik überschreitende Reflexion geht in der Tendenz aufgrund einer einseitigen Orientierung an privaten Wirtschaftsinteressen als gesellschaftliche Kompetenz verloren.

Unbemerkt schrumpft so mit der Erkenntnisfähigkeit auch die Problemlösungsfähigkeit der Gesellschaft im Ganzen, während die Komplexität der gesellschaftlichen Probleme zugleich weiter ansteigt; ein Widerspruch der früher oder später in eine gesellschaftliche Krise münden muss; es sei denn, es gelänge, diesen Tendenzen rechtzeitig Einhalt zu gebieten. -

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Zur Person: Günter Buchholz, Diplom-Ökonom, Dr. rer. oec, Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Consulting an der FH Hildesheim / Fakultät Wirtschaft (1994 – 2003) und an der FH Hannover, Fakultät IV Wirtschaft und Informatik ab 2003. Mitglied im Landesvorstand des hlb / Hochschullehrerbund Niedersachsen.

Literatur

Der Vortrag basiert auf dem entsprechend gekürzten und bearbeiteten
Arbeitspapier 176: www.rz.fh-hannover.de/wirt/apup/arbeitspapiere/176.pdf
Von

Günter Buchholz

Die Zukunft der Hochschulen -

Politische Ökonomie der Hochschulpolitik

In der Ära des Finanzmarkt-Kapitalismus

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsmodell – Die Regulationstheorie
auf dem Prüfstand, Hamburg

Bischoff, Joachim (2006): Die Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg

Bultmann, Torsten (1993): Zwischen Humboldt und Standort Deutschland – Die
Hochschulpolitik am Wendepunkt, Marburg

Liessmann, Konrad Paul (2006) Theorie der Unbildung, Wien

Rügemer, Werner (2006): Privatisierung in Deutschland – eine Bilanz, Münster

Wernicke/Bultmann (2007), Netzwerk der Macht – Bertelsmann –
Der medial-politische Komplex aus Gütersloh, Marburg,
insbesondere S. 13 ff.; S. 109 ff.; S. 153 ff.

Quelle: Wolfgang Lieb

www.nachdenkseiten.de/?p=2751, Seite 14; Zugriff: 13.12.2007